

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

31. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 26. Februar 2004

(16.01 Uhr bis 00.37 Uhr)

Frage Nr. 88115
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	Frage 873	.15
Stadtrat Franz Zimmermann:	Stadtv. Turgut Yüksel, SPD	.15
Frage Nr. 882	Zeitungsberichten zufolge haben	.16
Stadtverordneter Dr. Matthias Stoffregen, SPD:	Bundesgrenzschutzbeamte die	.16
Oberbürgermeisterin Petra Roth:	tunesische Asylbewerberin	.16
Frage Nr. 883	Suneya Ayari aus dem Markus-	.16
Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE:	Krankenhaus gewaltsam abgeführt. Die	.16
Oberbürgermeisterin Petra Roth:	behandelnden Ärzte	.16
Frage Nr. 884	des Markus-Krankenhauses	.16
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	attestierten, sie sei krank,	.16
Stadtrat Edwin Schwarz:	suizidgefährdet und therapiebedürftig.	.17
Frage Nr. 885	Obwohl der behandelnde Arzt des	.17
Stadtverordnete Gisela Becker, FAG:	Markus-Krankenhauses dem BGS	.17
Stadtrat Edwin Schwarz:	schriftlich mitgeteilt	.17
Frage Nr. 886	hatte, dass eine Abschiebung aus	.18
Stadtverordnete Gisela Becker, FAG:	medizinischer Sicht nicht zu	.18
Stadtrat Edwin Schwarz:	verantworten sei, wurde sie	.18
Frage Nr. 887	nach Tunesien abgeschoben.	.18
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	Ich frage daher den Magistrat:	.19
Stadtrat Edwin Schwarz:	Wie konnte es zu der Abschiebung von	.20
Frage Nr. 888	Frau Ayari aus der Obhut der Ärzte des	.20
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:	Markus-Krankenhauses kommen?	.20
Stadtrat Edwin Schwarz:20
Frage Nr. 88920
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	Frage 900	.20
Stadtkämmerer Horst Hemzal:	Stadtv. Dr. Nargess Eskandari-	.20
Frage Nr. 900	Grünberg, GRÜNE	.20
Stadtverordnete Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, GR	Am 2. Februar schickte der BGS sieben	.4
Stadtrat Edwin Schwarz:	Beamte ins Markus-Krankenhaus, um	.4
Aktuelle Stunde zu den Fragen Nr. 873 und Nr. 900	eine selbstmordgefährdete Frau	.5
Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:	abzuholen und abzuschicken. Dieser	.5
Stadtverordnete Dr. Nargess Eskandari-Grünberg, GR	zutiefst inhumane Umgang hat uns	.21
Stadtverordneter Dr. Ralf-Norbert Bartelt, CDU:	GRÜNE bestürzt und empört und wirft	.21
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	ein grelles Licht auf die Rechtlosigkeit	.22
Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:	von Flüchtlingen, auf die Inhumanität	.22
Stadtverordnete Jutta Dittfurth, ÖkoLinX-ARL:	des Handelns der Ärzte und des BGS.	.23
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	Ich frage deshalb den Magistrat:	.24
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 877	Teilt der Magistrat die Auffassung, dass	.25
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	die Abschiebung von Frau Ayari zutiefst	.25
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	inhuman ist,	.26
6. Verabschiedung der Tagesordnung II	und was wird er unternehmen, um	.26
	andere Flüchtlinge vor dieser Brutalität	.26
	zu bewahren?	.27

tig angebracht. Das hat nichts mit Herzlosigkeit zu tun, sondern herzlos ist das, was Sie hier treiben. Sie nehmen immer wieder - es war nicht der erste und wird auch nicht der letzte Fall sein - Einzelfälle heraus, die menschlich sicherlich sehr tragisch sind und wollen damit eine Politik durchsetzen, die eigentlich niemandem nutzt. In erster Linie nutzt sie doch Ihnen und Ihren Parteien.

Aber wozu sollte man sich einbürgern lassen und SPD oder GRÜNE wählen, wenn man als Migrant eben nicht abgeschoben wird, wenn man hier einen Aufenthaltsstatus hat. Wie man an der derzeitigen Regierung sieht, passiert dabei auch nichts anderes als Abschiebungen, die Sie dann wieder so bedauerlich finden. Überlegen Sie sich einmal, wozu das eigentlich gut sein soll, Sie zu wählen, offenbar ist es zu nichts gut, nicht einmal für Sie selbst.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Herr Kollege Langer! Als Nächste in der Aussprache zu diesem Punkt hat Frau Heymann von der SPD-Fraktion das Wort.

Stadtverordnete Barbara Heymann, SPD:

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann verstehen, dass einige hier im Saal abwarten wollen, was zum Beispiel die standesrechtliche Prüfung durch die Landesärztekammer ergibt, da zwei widersprüchliche ärztliche Gutachten auf dem Tisch liegen. Eines vom Markus-Krankenhaus und eines vom BGS. Wenn die vorliegt, wird uns das Thema sicherlich noch einmal beschäftigen müssen.

Aber weshalb ich mich überhaupt gemeldet habe, meine Damen und Herren von der CDU, ist, dass Sie anhand des Schicksaales dieser Frau, das uns andere alle bewegt, nichts besseres wissen, als hier billig parteipolitisch zu taktieren. Das finde ich beschämend für Sie.

(Beifall)

Ich finde es sehr traurig, und ich möchte Sie herzlich bitten, das bei solch einem Thema nicht zu machen. Es gibt sicher Themen, die passender sind.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Als Nächste hat Frau Ditfurth das Wort. Bitte sehr!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**

Hallo!

Ich beziehe mich auf die anschließenden Äußerungen der betroffenen Ärzte in den Medien. Dort kann man die Zitate nachlesen. Das hat nichts mit irgendwelchen Prüfungen zu tun, die nicht geschehen. Ich finde es auch ziemlich widerlich und abstoßend, wenn hier Wahlkampf gemacht wird und Auseinandersetzungen laufen, als ob das alles Bundesangelegenheit wäre.

Ich möchte mich auf einen Punkt konzentrieren, bei dem ich es abstoßend, inhuman und in schlimmster brauner NS-Medizintradition finde, wenn Ärzte in einer Psychiatrie es nicht schaffen, eine psychisch kranke Frau, der sie vorher attestiert haben, dass sie an Selbstmordgefahr leidet und schwer krank ist, vor der Abschiebung zu bewahren.

(Zurufe)

Es liegt alles vor, was über sie gesagt worden ist. Wenn diese Ärzte es nicht schaffen, außer wachweichen Sätzen, wie, wir wollen das aber nicht oder sie soll jetzt nicht abgeschoben werden, diese Zitate kennen sie jetzt alle, oder sie soll jetzt nicht mitgenommen werden, zu sagen, nein, wir lassen das jetzt nicht zu, dann fehlt diesen Ärzten etwas ganz Wesentliches, nämlich Zivilcourage. Das hat nichts mit Schily, Wahlkämpfen und sonst etwas zu tun.

Vom BGS erwarte ich nichts Besseres und Humaneres. Die Tradition und die Fälle, auch die Todesfälle, aber auch die Fälle der Quälereien von Leuten, sind uns, soweit wir es wollen, in Frankfurt alle bekannt. Aber was hier in diesem Krankenhaus geschehen ist, führt auch dazu, finde ich, dass man sich überlegen muss, wie man sich mit dem Markus-Krankenhaus, seinen Abteilungen und diesen Ärzten, die auch nachträglich, nachdem sie darüber geschlafen und nachgedacht haben, sich entsprechend in der Presse geäußert haben, auseinander setzen muss, und zwar ziemlich scharf.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Als Nächster in der Aussprache zur aktuellen Stunde hat Herr Becker, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, das Wort.

Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren!

Nur zwei kurze Anmerkungen, denn die Aussagen von Frau Heymann können so nicht stehen bleiben: Es ist hier kein beschämender Wahlkampf betrieben worden. Es ist, aus meiner Sicht, beschämend, dass man sich im Gesundheitsausschuss nicht richtig verständigt hatte und dass diese Thema heute überhaupt parteipolitisch auf die Tagesordnung gebracht worden ist. Man hätte das, was Dr. Bartelt ausgeführt hat, vollziehen sollen, nämlich erst einmal abzuwarten. Das wäre vernünftig und besser gewesen. Sie hätten das nicht zur aktuellen Stunde in einem Stadium anmelden sollen, wenn noch nicht alle Fakten auf dem Tisch liegen. Dann müssen Sie auch mit den entsprechenden Konsequenzen zurechtkommen.

Zu Frau von Ditzfurth möchte ich sagen, dass ihre Ausführung mit der NS-Vergangenheit aus meiner Sicht hätte gerügt werden müssen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Herr Becker, es steht Ihnen natürlich frei zu sagen, was hätte gerügt werden sollen. Ich habe keine Beleidigungen für ein Mitglied dieser Versammlung in der Äußerung gesehen, sie war hart an der Grenze des Erträglichen. Ich gebe das zu, und ich bitte um Nachsicht, dass ich diesen emotionalen Ausbruch von der Frau Ditzfurth nicht gerügt habe.

Damit ist die Aussprache zu diesem Punkt im Rahmen der aktuellen Stunde abgeschlossen. Ich rufe dann den Teil der aktuellen Stunde auf, der zur Frage Nr. 877 angemeldet wurde. Anmeldende Fraktion zur aktuellen Stunde sind die Republikaner. Als erster hat das Wort zur Aussprache Herr Langer.

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 877

Stadtverordneter Michael Langer, REP:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren!

Wir hatten eben ein Thema, das für Wahlkämpfe eigentlich nicht sonderlich geeignet ist. Jetzt haben wir wieder eines, nämlich den städtischen Haushalt. So ganz beiläufig, in einem relativ großen Artikel, kann man dann ziemlich am Ende - viele lesen gar nicht so weit - entdecken, dass die Stadt einen Doppelhaushalt 2005/2006 plant. Es ist schön, dass man das als Kommunalpolitiker auch einmal nebenbei erfährt. Wenn man dann Magistratsmitglieder befragt und die auch nichts davon wissen, außer das, was sie da gelesen haben, dann wird das noch interessanter.

Die Frage, wann das nun entschieden worden ist, einen Doppelhaushalt einzubringen, beantwortet der Kämmerer mit dem Wort „rechtzeitig“. Das alleine lässt schon tief blicken. Aber warum ausgerechnet 2005/2006 und nicht 2003/2004. Wenn die Konsolidierung dadurch besser und verlässlicher gestaltet werden kann, wie der Kämmerer eben

7.	Frankfurter Bäderkonzept 2004 Leitlinien 2010	28
	Vortrag des Magistrats vom 16.01.2004, M 14	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP vom 18.02.2004, NR 1259	
	<u>hierzu:</u> Anregung des OBR 7 vom 10.02.2004, OA 1515	
	Bürgermeister Joachim Vandreike:	28
	Stadtverordneter Martin Gerhardt, CDU:	31
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	33
	Stadtverordneter Hans Busch, SPD:	36
	Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:	38
	Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	40
	Stadtverordnete Rosemarie Lämmer, REP:	41
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	42
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	44
	Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	45
	Stadtverordneter Hans Busch, SPD:	46
	Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	48
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	48
8.	Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderung	49
	Bericht des Magistrats vom 12.12.2003, B 1008	
	Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, SPD:	49
	Stadtverordnete Marina Demaria, GRÜNE:	51
	Stadtverordnete Hildegard Krauße, CDU:	53
	Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	54
	Stadtverordnete Gisela Becker, FAG:	56
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	57
	Stadtrat Franz Frey:	59
9.1	Das Absturzrisiko für die Frankfurter Chemie- und Gefahrgutstandorte ermitteln! Katastrophenschutzmaßnahmen auf Effizienz überprüfen!	60
	Bericht des Magistrats vom 01.12.2003, B 953	

Im Eschersheimer und im Hausener Bad soll Wohnbebauung entstehen. Eine fragwürdige Idee. Wir haben erstens wieder das Problem mit dem Investor, zweitens sind Wohnungen in Schwimmbadnähe wohl keine optimale Wohnlage. Das spricht dann wieder gegen ein lohnendes Renditeobjekt für Investoren. Hinzu kommt, wenn im Bäderkonzept die Schließung des Hausener Bades schon in Betracht gezogen wird, muss man kein Prophet sein, um zu wissen, was in drei oder vier Jahren mit diesem Bad passiert. Ein banal klingendes Problem, meine Damen und Herren, ist das Wetter. Es ist nicht zu erwarten, dass bis zum Jahre 2010 jedes Jahr ein Jahrhundertsommer sein wird, mit Rekordbesucherzahlen und Rekordumsätzen.

Noch ein kritischer Faktor, der eng damit zusammenhängt, sind die Betriebsführungsverträge mit den Vereinen. Vereine können schnell in finanzielle Schwierigkeiten geraten, unter anderem durch mangelnde Einnahmen bei fortlaufenden festen Ausgaben. Dann wäre diese Lösung der Betriebsführung gescheitert.

Eine Erhöhung der Eintrittspreise ist bei der derzeitigen finanziellen Belastung der Bürger durch die Reformen des Bundes und Ähnliches unzumutbar. Besucher, besonders Familien mit Kindern, sollten in der Lage sein, sich öfter als einmal im Monat einen Schwimmbadbesuch leisten zu können. Im Sportausschuss war bei einzelnen Fraktionen des Viererbündnisses bei aller Begeisterung auch verdeckter Zweifel herauszuhören. Aber im Viererbündnis ist Kritik bekanntermaßen nicht erwünscht und Einigkeit gefordert.

Wir Republikaner zweifeln nicht nur an dem Bäderkonzept beziehungsweise an den Leitlinien, wir halten sie für unbrauchbar. Wenn Frankfurts Dezernenten aufhören würden, sich kostspielige Denkmäler zu setzen, wie das Waldstadion, das Parkhaus unter dem Goetheplatz oder die Kulturmeile Braubachstraße, was teilweise im Prinzip gute Projekte sind, wenn man die finanziellen Möglichkeiten hat, dann könnten wir damit Schwimmbäder sanieren und zum Beispiel Stadtteilbibliotheken erhalten. In finanziell schwierigen Zeiten müssen Prioritäten gesetzt werden.

Wir Republikaner lehnen die Vorlage M 14 ab. Da aber die Mehrheit in diesem Hause für

Annahme votiert, nehmen wir die Vorlage OA 1515 an und betrachten diese als erste kleine Nachbesserung für die M-Vorlage.

Danke schön!

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Frau Lämmer! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich möchte es kurz machen, um mir meine Redezeit für andere Punkte aufzusparen.

Es hat vor kurzem einen Bericht darüber gegeben, dass der Ortsverein Sachsenhausen-Ost der SPD sich darüber beraten hat, wie denn der Mitgliederschwund in der SPD zu erklären ist und aufgehalten werden kann. Ich muss sagen, wenn man heute der Rede von Herrn Busch zugehört hat, kann man leicht beantworten, woher der Mitgliederschwund kommt, dann ist das Rätsel sofort gelöst.

Das Bäderkonzept - und da will ich nicht doppelten, und die Argumente von Horst Schäfer, die zum Teil sehr gut waren, wiederholen - ist extrem unökologisch und alle Kritik, an dem, was die GRÜNEN da inzwischen verraten haben, kann man hundertmal unterstreichen.

Vor allem ist das Bäderkonzept auch zutiefst unsozial, und da fand ich es bemerkenswert, dass ein Sozialdemokrat, wie Herr Busch, hier sagt: „Man kenne sich vor Ort nicht aus...“, und wenn man die Leute fragt...“, also auf Deutsch, andere Leute fragen die Leute nie und sind mit niemandem im Gespräch, nein, sondern derjenige, der Regionalfürst in einem bestimmten Stadtteil ist, nur der kennt die Meinung der Menschen, und wen der fragt, das steht für alle. Köstlich. Das ist eine solch köstliche und kleinkarierte Attitüde, dass sie sich eigentlich selbst entlarvt. Ich finde es beschämend, wenn ein Sozialdemokrat sagt: „Ich habe mit Leuten geredet, und alle waren bereit, mehr zu bezahlen“. Was ist denn das für eine dämliche Argumentation? Man weiß doch ganz genau, dass diejenigen

Menschen, die zu arm sind und kein Geld haben, vielleicht auch nur einmal im Monat mit ihrer Familie diese neuen, wunderbaren um 50 Prozent erhöhten Preise zu bezahlen, sich nicht hinstellen, wenn irgendeiner von der SPD kommt und eine Ortsvereinsumfrage macht und das zugeben. Das Klientel, welches zu solchen Veranstaltungen geht, ist ja immer relativ eng. Es kommen ja nicht alle, und da stellt sich keiner vor den anderen hin und sagt: „Mir wird das zu teuer sein“. Da gibt es nämlich so etwas wie Scham, und das weiß man, wenn man sozialpolitisch interessiert ist und links sein will. Auch, dass die Menschen, die das Geld nicht haben, als Allerletztes darüber reden, dass sie sich so etwas Harmloses, Einfaches, Nützliches und Genussvolles wie das Schwimmen nicht mehr leisten können werden.

Wer sich zurzeit umschaute, und es geht über meine Fantasie hinaus, was sich Leute zurzeit schon nicht mehr leisten, weil sie kein Geld mehr haben, geht so tief ans Eingemachte und hat mit dem Verzicht auf Luxuskonsum nichts mehr zu tun, sondern geht an die Substanz, und zwar da an die Substanz, wo es zum Beispiel die Gesundheit von Menschen betrifft und nicht nur von chronisch Kranken oder Alten.

Das Bäderkonzept ist aber auch ein betrügerisches Konzept, weil die Attitüde - sozusagen das Mantra der Viererbande - heute lautet:

(Zurufe)

Wir erhalten alle Bäder. Das sollen wir glauben. Das soll die Botschaft sein, die in der Zeitung steht: „Viererbande erhält alle Bäder“. Dahinter steckt aber, dass man mit diesem Konzept in der Frage, wer hat die Verantwortung, wer die Verfügungsgewalt, wer hat das Eigentum an den Bädern, wie sind die Personalstrukturen und die Preise, die Durchlöcherung dieser Strukturen vorbereitet. Dieses wunderbare Bäderkonzept bereitet vor, für den Trick, den Betrug, damit man heute sagen kann: Alle Bäder werden erhalten. Aber zugleich legt man die Strukturen und die Werkzeuge bereit, um Stück für Stück einzuschränken und um dann gleich die notwendigen Figuren parat zu haben, nämlich diejenigen, die sich diese ehrenamtliche Arbeit, die zu bezahlen eigentlich städti-

scher Auftrag und auch tariflicher Auftrag wäre, sozusagen ehrenamtlich abzuschieben und dann in eins, zwei Jahren...

(Zurufe)

Neoliberale denken so wie du. Bocklet, das ist mir schon klar, das musst du mir nicht erzählen, dass du so ein Dussel bist. Du solltest nicht nur ab und zu in Bücher hinein schauen, du solltest auch einmal welche lesen und vielleicht auch die richtigen.

Fakt ist, dass mit diesem Bäderkonzept Strukturen vorbereitet werden, mit denen uns die gleichen Leute, die uns heute hier vom Magistrat und von den Mehrheitsfraktionen erzählen, dass alle Bäder erhalten werden, morgen sagen können: Oh, in diesem Schwimmbad gibt es aber ein Problem. Der Verein, der einmal gesagt hat, er schafft das, schafft das nicht mehr. Die Folge: Kürzung. Oder Sie werden sagen, da sind die Kosten nicht zu halten, es kamen nicht genügend Gelder zusammen, da ist die Finanzierung aus den und den Gründen nicht möglich. Und, was heißt das? Die Bäder werden weniger, die Zeiten werden kürzer.

Das Stadtbad Mitte ist eine völlig andere Konstruktion, aber da war doch auch die Lüge: Wir erhalten die Öffentlichkeit. Wer schwimmt denn heute da? Schauen Sie sich das einmal an. Tagsüber können die Leute, die keine Arbeit haben, dort etwa vier Stunden schwimmen. Nach der Arbeit und teilweise auch außerhalb der Schulzeit, kann da gar keiner hinein, weil es nur noch privat und teuer ist. So läuft die Geschichte. Bei dem jetzigen Konzept wird es so laufen, dass dann die Vereine schuld sind, dass dann die Gruppe, die heute als heldenhaft gelobt wird und über die gesagt wird, wunderbar, sie übernehmen etwas, die Buhmänner sein werden. Es wird nicht klappen. Wir wissen alle, dass diese Form von ehrenamtlicher Arbeit auf Dauer von Leuten, deren Alltag immer gestresster ist, die auch selbst immer größere Probleme haben und immer mehr Stress haben, ihre eigene Bürokratie, ihr eigenes Leben zu verwalten und zu organisieren, nicht geleistet werden kann. Es ist absehbar, dass diese Menschen es nicht werden schaffen können, diese Arbeit kontinuierlich zu leisten. Das heißt, wir haben heute ein Konzept, in dem behauptet wird, dass alle

Bäder erhalten werden. Das ist eine kurzatmige Aussage. Sie stimmt für den Moment, aber erst einmal um den Preis einer dramatischen Erhöhung der Eintrittspreise und man hofft, es über das Jahr 2006 hinüberretten zu können. Es ist absehbar, dass diese Bäder drastisch in ihren Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt werden und zum Teil wahrscheinlich auch irgendwann ihre Schließung erfahren müssen. Wo das geschieht, das hängt dann immer von dem Druck der jeweiligen Partei und sonstigen Vorteilen ab. Deswegen ist dieses Konzept betrügerisch und nicht nur unökologisch, sondern vor allem auch zutiefst unsozial. Daher ist es abzulehnen. Was sonst?

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Hübner.

Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren!

Ich darf erst einmal dem Bürgermeister sagen, dass wir von der BFF natürlich ein existenzielles Interesse daran haben, dass dieses BFF ein Erfolg wird, denn, wenn es kein Erfolg wird, ist das auch für uns, durch diese fast Namensgleichheit misslich. Vielleicht haben Sie diese Namensgleichheit ja auch deshalb gewählt, weil Sie eine Anspielung machen wollten. Das aber weiß ich nicht. Ich denke, zu dem, was gesagt worden ist, muss man anfügen, dass das Bäderkonzept differenziert zu betrachten ist. Dazu kann man nicht einfach Ja oder Nein rufen. Es enthält durchaus positive Aspekte - ich muss mich kurz fassen, weil ich meine Zeit heute noch an anderer Stelle benötige. Einer dieser Aspekte ist der Punkt mit den Vereinen. Diese Bereitschaft ist wirklich erstaunlich, und ich denke, die Vereine gehen damit auch ein nicht geringes Risiko ein. Dass sie dieses Risiko tragen wollen, zeigt, dass in der Bevölkerung und unserer Gesellschaft erheblich mehr zu bewegen ist, als manchmal geglaubt wird.

Jetzt aber zu dem, was Herr Busch vorhin gesagt hat. Herr Busch, Sie haben gesagt, vor die Alternative, Schließung eines Bades oder Erhöhung der Preise gestellt, haben sich die Menschen für die Preiserhöhung entschieden. Also, ich meine, das ist für einen Sozialdemokraten doch nun wirklich etwas zu schlicht. Wenn Sie jemandem eine Pistole an den Kopf halten und sagen, entweder ich schieße oder du gibst mir deine Brieftasche, dann gebe ich selbstverständlich meine Brieftasche heraus, bevor er mir sonst etwas antut. So einfach würde ich die Sache nicht gestalten.

Ich möchte Ihnen noch etwas anderes sagen: Bevor ich hierher gekommen bin, habe ich ein längeres Telefonat mit einer repräsentativen Stimme des Freundeskreises des Hausener Bades geführt. Da habe ich nicht gehört, was Sie mir hier erzählen, keine Begeisterung oder so. Mir wurde mitgeteilt, dass strickte Ablehnung und eine sehr große Verwirrung über die neue Preispolitik herrschen, und ich fürchte, für die Sozialdemokraten wird das sicherlich noch viel misslicher sein, als für andere Fraktionen, die andere soziale Klientel vertreten. Ich wäre vorsichtig mit dieser Jubelei. Ich habe anderes gehört. Ich sage Ihnen, dass ich das gerade heute gehört habe und ganz frisch hier einbringen kann, und das sind keine Stimmen, von denen ich weiß, dass sie irgendwie zum Runtermachen oder zum Pessimismus neigen. Das sind scheinbar die Stimmen der Leute, die ganz normale Dauerkartenbenutzer sind, die gerne und oft ins Schwimmbad gehen und durchaus über diese Preispolitik empört sind. Ich selbst möchte zu der Preispolitik nichts sagen, da ich kein Experte bin, aber auch mir kommt es so vor, dass man hier ziemlich arg zuschlägt, bevor diese neue Konstruktion installiert wird.

Abschließend möchte ich noch eines sagen, und das ist der Grund dafür, warum ich dieses Bäderkonzept oder dieses jetzt vorliegende Konzept auch ablehnen werde: Die ganze Sache ist mit der Frage verbunden, wie wir mit den Bädern, den Theatern und allen anderen Dingen, die wir subventionieren, umgehen. Die Frage ist mit einer Grundsatzentscheidung verbunden, die hier niemals diskutiert wird, und diese Grundsatzentscheidung wäre: Was wird, wie hoch, mit

ge in der Sache nachzudenken. Das ist mit den Preisen genauso. Da wird die Preisgestaltung kritisiert, da wird das Parkhaus kritisiert. Jeder weiß, dass das Parkhaus aus verschiedenen Gründen gebaut werden soll, unter anderem auch, um die Kosten für die Sanierung des Brentanobades zu erwirtschaften. Nur, meine Damen und Herren, keiner sagt, wie wir es denn anders machen können. Ich habe nur eine Schlussfolgerung: Unsere Kritiker möchten lieber Bäder in Frankfurt schließen, als dass sie ernsthaft darüber nachdenken, wie man die Bäder erhalten kann, so, wie es mit dem Konzept versucht wird. Zumindest, wie man die Bäder erhalten kann und auf der anderen Seite keine weiteren Kosten produziert.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache. Ich lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist und lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: a) Der Vorlage M 14 wird unter Berücksichtigung der Vorlage NR 1259 zugestimmt. b) Der Vorlage NR 1259 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt. c) Die Vorlage OA 1515 wird im vereinfachten Verfahren erledigt.“ Vor der Abstimmung gebe ich die Voten bekannt. M 14 und NR 1259: CDU, SPD, GRÜNE und FDP votieren für Annahme. OA 1515: CDU, SPD, GRÜNE und FDP votieren für vereinfachtes Verfahren. Die nicht im Ausschuss vertretenen Fraktionen haben wie folgt votiert: FAG Vorlagen M 14 und OA 1515 mit Ablehnung. Republikaner Vorlagen M 14 und NR 1259 mit Ablehnung, OA 1515 mit Annahme. PDS OA 1515 mit Annahme, BFF Vorlage M 14 Enthaltung, OA 1515 Annahme. ÖkoLinX-ARL Vorlagen M 14 und OA 1515 mit Ablehnung. Europa-Liste Vorlage M 14 Ablehnung, OA 1515 vereinfachtes Verfahren.

(Zurufe)

Herr Dr. Dähne, Sie haben das Wort.

**Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne,
PDS:**

Die Vorlage M 14 lehnen wir ebenfalls ab, und den Vorlagen OA 1515 und NR 1259 stimmen wir zu.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die PDS lehnt die Vorlage M 14 ab, und stimmt den Vorlagen OA 1515 und NR 1259 zu. Danke!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**

Halt, da fehlt noch ein Votum, sehe ich gerade. Was hier nicht verzeichnet ist, ist die Stellungnahme von ÖkoLinX-ARL zur Vorlage NR 1259, die Ablehnung lautet.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die Vorlage NR 1259 wird von ÖkoLinX-ARL abgelehnt. Ich vermute, dass diese Voten nicht im Büro abgegeben worden sind, sonst wären sie hier.

(Zurufe)

Es wäre nett, wenn Sie Ihre Voten dem Büro mitteilen würden.

(Zurufe)

Wer dem Ausschussbericht unter Berücksichtigung des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den Ausschüssen beziehungsweise den schriftlich vorliegenden Voten der in den Ausschüssen nicht stimmberechtigten Fraktionen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Gibt es Gegenstimmen? (Geschieht). Gibt es Enthaltungen? (Geschieht). Ich stelle fest, dass damit dem Ausschussbericht unter Berücksichtigung der soeben vorgebrachten Voten zugestimmt worden ist.

(Zurufe)

Frau Ditfurth, Sie haben das Wort.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

In der ausgelegten Tagesordnung, aus der Sie aber - glaube ich - nicht vorgelesen haben, ist unser Votum enthalten. Es war also auch abgegeben worden. Ich glaube, Ihr Drehbuch enthält die vorherige Tagesordnungsversion, die unser Votum noch nicht enthalten hat. Nur zur Aufklärung, es ist ja nicht wichtig, es hat sich ja geklärt.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Gut, dann bedanke ich mich für diesen Hinweis und schließe den Tagesordnungspunkt 7.

Tagesordnungspunkt 8.**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8., Menschen mit Behinderungen, auf. Wir behandeln die Vorlage B 1008 mit dem Betreff „Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderung.“ Die SPD-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Vor der Abstimmung werde ich wiederum die Voten der Fraktionen vortragen. Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Stadtverordneter Baumgärtner zu Wort gemeldet.

Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, SPD:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Vorlage B 1008, Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderung, ist an und für sich eine unumstrittene Vorlage, und trotzdem sollten wir uns heute Abend hierüber unterhalten, denn auch etwas Gutes kann in einem Parlament diskutiert werden. Diese Vorlage zeigt im Grunde, dass der Magistrat, hier möchte ich mich insbesondere bei Herrn Stadtrat Frey, seinen Mitarbeitern und der Behindertenbeauftragten, Frau Schlegel, im Namen meiner Fraktion herzlich bedanken, seine Hausaufgaben gelöst hat und in die-

sem Jahr wirklich sehr viel für Menschen mit Behinderungen getan hat.

(Beifall)

Das ist aber kein Grund, dass wir uns jetzt locker zurücklegen und sagen: So jetzt brauchen wir nichts mehr zu tun. An diesem Punkt möchte ich auf Kollegin Becker zurückkommen. Wir brauchen keine neuen Stabsstellen für Behinderte, was wichtig ist, ist, dass die Vorschriften, werte Frau Oberbürgermeisterin, die Sie erwähnt haben, von der Verwaltung immer eingehalten werden, damit wir nicht hinterher Debatten über eine nicht vorhandene Tür oder über den falschen Anschlag einer Tür führen müssen. Das ist eine Bitte, die ich an den Magistrat richte, denn, erst wenn wir das erreichen, können wir uns als behindertenfreundliche Stadt bezeichnen. Dennoch, es ist viel getan worden, und das sollte man auch einmal erwähnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Anhörung über Menschen mit Behinderungen wurde insbesondere, und da spreche ich auch die zuständigen Dezernenten an, der Bereich Verkehr und Gebäude, also Bauen, angesprochen und dass es hier noch sehr viele Mängel gibt, die zu beheben sind. Meine herzliche Bitte in diese Richtung: Auch hier ein bisschen mehr auf Behinderte achten. In Frankfurt gibt es zirka 100.000 Behinderte, davon sind drei viertel der Menschen mit Behinderungen von 50 bis 100 Prozent belastet. Rollstuhlfahrer, geistig Behinderte und Menschen, die nicht sehen oder hören können oder beides.

Am 20. Februar wurde im Hufelandhaus ein Wohn- und Pflegeheim für 27 junge Menschen mit körperlicher Behinderung eröffnet und der Öffentlichkeit übergeben. Die Betroffenen werden zum 1. März dort einziehen. Hiermit wird eine Lücke geschlossen, was sehr wichtig für diese Stadt ist, denn es gibt immer noch zu wenige Plätze für diesen Personenkreis. Obwohl wir immer mehr zum betreuten Wohnen übergehen, gibt es immer noch Menschen, die einfach untergebracht und ganztags betreut werden müssen. Das dort angebotene Konzept beinhaltet Wohnen, Pflege und Heimunterbringung. Das heißt, hier wird Wert darauf gelegt, dass es auch ein Heim ist, in dem Menschen mit körperlicher Behinderung gut untergebracht werden.

12. Reduzierung des Haushaltsansatzes 2004 für den Frankfurt-Pass	102
Vortrag des Magistrats vom 16.01.2004, M 16	
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	102
13. Gedenkstunde in der Paulskirche am 22. März 2004 anlässlich der alliierten Bombenangriffe vor 60 Jahren	103
Antrag der BFF vom 19.12.2003, NR 1220	
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	104
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	104
Stadtverordneter Michael Langer, REP:	106
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	107
14. Jährlicher Schul-Integrationsbericht.....	108
Anregung der KAV vom 13.01.2004, K 37	
15. Beteiligung der Stadt Frankfurt im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung an der privaten Forsythe Company GmbH.....	108
Vortrag des Magistrats vom 06.02.2004, M 27	

benangriffe vor 60 Jahren“. Herr Hübner, BFF-Fraktion, hat den Antrag angemeldet. Somit haben Sie das Wort.

Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine Damen und Herren!

Ich will es kurz machen. Sie wissen, dass ich hier mehrfach angeregt habe, den 60. Jahrestag der schwersten Bombardements in angemessener und würdiger Form zu gedenken. Die Anträge wurden wiederholt abgelehnt. Ich hatte eine Rede vorbereitet, aber ich denke, dass ich sie nicht vortragen werde, da wir uns zu vorgerückter Stunde befinden. Ich will es dabei belassen.

Ich bin nicht bereit, diese Ablehnung zu akzeptieren, da ich in Frankfurt geboren wurde und mit dieser Stadt verbunden bin. Ich bin nicht bereit, das Ganze darauf beschränken zu lassen, dass man eine Ausstellung eröffnet und eine geschlossene Gesellschaft am 23.03.2004 in den Kaisersaal eingeladen wird. Ich bedanke mich bei der Oberbürgermeisterin für die Einladung. Ich komme auch gerne am 23. März zu der Eröffnung, aber bereits am 22. März wird Jörg Friedrich in den Saal der St. Paulsgemeinde am Römerberg kommen, der Autor von „Brand und Brandstätten“. Er wird aus seinem neuen Buch vorlesen und darüber diskutieren. Diese Lesung wird um 21.30 Uhr beendet sein, dann werden wir auf dem Römerberg 1001 Lichter für die 1001 Opfer des Angriffs vom 22. März 1944 anzünden. Wir werden das in würdiger und angemessener Weise tun. Wir werden dazu alle Frankfurter einladen. Sie sind selbstverständlich auch eingeladen. Wir werden bei dieser Gelegenheit Namen der Opfer und Namen der besonderen Gebäude verlesen. Das Ganze wird mit einem Gebet beendet. Wir werden auch eine kleine musikalische Einlage haben. Daraus werden wir wahrscheinlich zwei Erlebnisberichte machen.

Das ist unsere Planung, und das wird auch so stattfinden. Das wird eine Aktion sein, bei der die Bevölkerung der Stadt Frankfurt, Frau Oberbürgermeisterin, nicht ausgesperrt ist, sondern zu der sie hingehen kann und zu der alle eingeladen sind. Das ist auch keine Akti-

on der BFF, sondern ich habe lediglich gesagt, dass ich dazu bereit bin, für diese Aktion verantwortlich zu sein. Es werden keine Parteinamen oder Organisationsnamen bekannt gegeben. Das Ganze wird einen würdigen und angemessenen Rahmen haben, und ich würde mich freuen, wenn Sie dabei sind. Ich werde mich über jeden Frankfurter Bürger freuen, der an diesem Abend dabei ist. Ich denke, wir sehen uns wieder.

Danke schön!

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Danke schön, Herr Hübner! Es gibt eine weitere Wortmeldung von Frau Ditfurth.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Späten guten Abend!

Ich möchte nur kurz darauf hinweisen und zu Protokoll geben, dass ein Punkt der achten Fraktion hier erst um 0.20 Uhr behandelt wird. Hätten die Europa-Liste und ich Punkte angemeldet, beziehungsweise Punkte aufrechterhalten, wäre es noch später geworden. Ich will damit ankündigen, dass die Geschäftsordnung an diesem Punkt zu überprüfen ist und werde die Debatte entsprechend anregen. Die Opposition wird auf nach Mitternacht abgeschoben. Das ist systematisch und das ist immer so. So kann man das machen. Das heißt, wir müssten wieder früher anfangen.

Schaut ein Mensch in die Chronik des Kleingartenvereins Westend, dann heißt es in der Vereinssatzung bis 1945: „Der Verein arbeitet im Sinn des nationalsozialistischen Staates. Er hat die Aufgabe, die Nutzung des Kleingartenlandes im Sinne der Verbundenheit von Volk und Boden als Grundlage für Staat und Volk zu gewährleisten. Mitglied kann jeder Deutsche arischer Abstammung werden“. Die Kleingärtner waren von der Ermordung von Jüdinnen und Juden sowie Kommunistinnen und Kommunisten nicht betroffen, auch von Roma hielt man nicht viel. Betroffen war der Frankfurter Kleingärtner an

diesem einen von vielen Beispielen „vom Bau der Reichsautobahn und der Oeserstraße“, weil Kleingartenanlagen und Parzellen vermindert und durchschnitten wurden.

Folgt man der Chronik dieses beispielhaften Kleingartenvereins - es sind auch andere massenhaft aufführbar -, wurde am 22. März 1944 in der Bombennacht, um die es im Antrag der BFF-Fraktion geht, ein großer Teil der Altstadt zerstört. Hierzu ein Zitat aus der Chronik dieses Vereins: „Das Vereinsregister ist durch Feindeinwirkung am 22. März 1944 vernichtet worden“. Der Feind hatte wahrscheinlich gerade nichts besseres zu tun. Am Krieg war - laut Chronik - schlimm, dass die Frauen nun die Gartenarbeit machen mussten und manch Kleingärtner nicht heimkehrte. Was der deutsche Kleingärtner aber in Uniform anderswo tat, spielt in dieser und in anderen Chroniken überhaupt keine Rolle. Ich möchte ein einziges Mal in meinem Leben - ein ganz bescheidener reformistischer Wunsch - eine Kleingartenchronik in Frankfurt, eine einzige deutsche Vereinschronik überhaupt, finden, in der sich die Mitläuferinnen und Mitläufer, Denunziantinnen und Denunzianten sowie Mörderinnen und Mörder zu ihren Taten vor 1945 bekennen.

Zum Antrag NR 1222, Gedenkstunde anlässlich der Bombenangriffe in jener Nacht: Es ist komisch, dass er sich eine Nacht herausgesucht hat. Die Frage ist, auf wen oder was die Bomben am 22. März 1944 noch fielen, außer auf das Vereinsregister des KGV Westend. Nun, sie fielen nicht mehr auf Jüdinnen und Juden, da Frankfurt im März 1944 fast vollständig „judenrein“ war. Von knapp 30.000 jüdischen Frankfurtern lebten fast keine mehr in Frankfurt. 15.000 waren in das Exil gezwungen, 11.000 wurden und waren zum größeren Teil in Konzentrationslagern schon ermordet worden.

Auf wen fielen die Bomben noch? Auf sehr wenig Roma und Sinti, denn drei Tage vor den Bombenangriffen, am 19. März 1944, fuhr ein Zug mit etwa 100 Roma und Sinti Richtung Auschwitz. Das so genannte Zigeunerlager Kruppstraße, Nachfolgelager der Dieselstraße, wurde rasch neu aufgefüllt. Irgendeine Hilfe von Frankfurterinnen und Frankfurtern für diese Opfer in wesentlicher Form ist nicht bekannt. Nur eine winzige

Gruppe von Roma und Sinti überlebte das faschistische Frankfurt.

(Zurufe)

Ja, das ist genau die Frage, dass Sie das nicht verstehen, aber ich werde gleich erklären, warum Sie das nicht verstehen.

Beispiel Kommunistinnen und Kommunisten: Während die evangelische Kirche und die Katholiken schon ganz früh, nämlich gleich 1933, die Machtübergabe an die NSDAP als „Errettung vor dem Bolschewismus“ bejubelte und drei Monate später auch die SPD durch Denunziation von Frankfurterinnen und Frankfurtern verboten wurde, kamen viele Kommunistinnen und Kommunisten erst in die Gestapo-Folterkeller und dann in Konzentrationslager. Bis zum Kriegsende gab es in Frankfurt kleine illegale Gruppen kommunistischer und sozialdemokratischer Widerstandskämpfer, die unter Lebensgefahr gegen die Faschisten arbeiteten und die die Befreiung durch die Alliierten herbeisehnten. Das geschah auch im März 1944, und auch um den Preis von Luftangriffen.

Zum Antrag der BFF: Welche Gedenktage, Feierstunden oder Mahnmale gibt es in Frankfurt zum Jahrestag des Angriffs auf Polen für die ersten Deportationen der Frankfurter Jüdinnen und Juden? Wann und wo gedenkt der Magistrat mit der Öffentlichkeit in Frankfurt regelmäßig des sozialdemokratischen und kommunistischen Widerstands? Wie lächerlich ist noch heute die Wiedergutmachung für Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeiter? Wie lange dauerte es, bis die restlichen Überlebenden überhaupt noch ein Scherflein bekamen? Gibt es fast 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus endlich ein vollständiges Verzeichnis aller Arbeitslager in Frankfurt? Ich weiß es nicht. Ich habe versucht, es zu finden, habe es aber nicht geschafft.

Der deutsch-nationale Stadtverordnete Wolfgang Hübner hat beantragt, am 22. März 2004 eine Gedenkstunde anlässlich der alliierten Bombenangriffe auszurichten. Ich finde, er möge vor Scham im Erdboden versinken. Welchen Maßstab hat Herr Hübner? Nur noch den des völkisch besessenen Deutschen. Diesen lächerlichen Zufall, dass er als Deutscher geboren wurde, nimmt er als

hohes Schicksal, gewissermaßen Gott gewollt, das sein Leben und Denken in alleinsten mentalen Grenzen hält. Was für ein Mensch wäre Wolfgang Hübner, wäre er etwa als Sinto geboren oder als Sohn einer jüdischen Familie? Darüber mag er selbst nachdenken.

(Zurufe)

Schlussfolgerungen: Nach den Luftangriffen alliierter Bomber vom 18. und 22. März 1944 war ein großer Teil der Altstadt Frankfurts vernichtet. Zitat aus zeitgenössischen Berichten: „Die alten Fachwerkhäuser sind zu Asche verbrannt“. Als studierte Kunsthistorikerin kann ich das sowieso nachvollziehen, aber darum geht es hier nicht. Es heißt in Berichten: „Aber längst waren auch zu Asche verbrannt Menschen, die“ - nämlich den faschistischen Frankfurterinnen und Frankfurter, denn die kamen nicht vom Mars, das war in großen Teilen die Bevölkerung der Stadt - „zu jüdisch, zu behindert, zu kommunistisch, zu schwul, zu sehr ‚Zigeuner‘, zu widerständig oder zu minderwertig waren“.

In der Nacht vom 22. März verbrannten allerdings auch Häuser, in denen den Deportierten habgierig geraubte Güter stehen. Das ist auch ein Teil der Frankfurter Geschichte, der nicht aufgearbeitet ist. Was passierte mit dem Hab und Gut, vom Kunstschatz bis zum banalen Haushaltsgerät der Juden und anderer, die deportiert wurden?

Es verbrannten also in dieser Nacht Häuser von Frankfurtern, die Hitler zugejubelt hatten, die den Angriff auf Polen und den Anschluss Österreichs gefeiert hatten, auf Juden gespuckt und ihre Wohnungen geplündert haben, Widerstandskämpfer denunziert und viele andere Schandtaten mehr begangen hatten. Es verbrannten Häuser und Wertsachen von Menschen, denen es scheißegal war, dass die deutsche Wehrmacht eine Blutspur durch Europa zog, dass die Fleckfieberexperimente in Buchenwald, die Vergasungen in Auschwitz, die Massaker an italienischen, griechischen und polnischen Partisanen, das Wüten in Russland, das Abknallen von Flüchtlingen in den Pyrenäen oder in Vichy und die Folter in französischen Konzentrationslagern stattfanden. Frankfurterinnen und Frankfurter, denen es gleichgültig war, was anderen Menschen passierte, solange es ihnen selbst nur

gut ging und solange sie davon durch Arbeitsplätze und Rüstungsaufträge profitierten. Denn der Krieg, der Massenmord und der Raub in Europa durch Deutschland, war auch ein furchtbar gutes Geschäft.

Ab 1943/1944 allerdings wurde die deutsche Mehrheit sauer auf ihren heiß geliebten Hitler. Nicht, weil den deutschen Mitläufern irgendeine humane Einsicht kam. Nein, weil sie sauer waren, dass Hitler den Krieg verlor. Hätte Deutschland gewonnen - stellen Sie sich das für einen kurzen Augenblick einmal vor -, wäre der rückwirkend konstruierte Widerstand winzig klein, da wollte man dann doch nicht dabei gewesen sein. Hätten die Nazis gewonnen - egal ob 50 oder 60 Millionen durch deutsche Schuld getötete Menschen -, wäre der Jubel wahrscheinlich groß gewesen.

Ein jüdischer Überlebender hat einem Reporter auf die Frage, wie er damals als in der Illegalität lebender und überlebender Jude die angloamerikanischen Angriffe erlebt hat, gar Folgendes geantwortet: „Als die Bomber über Berlin ihre Bomben abwarfen - wir konnten das von unserer illegalen Bleibe in der Nähe von Berlin beobachten - schrie meine Mutter in den nächtlichen und surrenden Himmel hinein, gebt ihnen mehr, gebt ihnen noch mehr.“

Die alliierten Luftangriffe, auch die am 22. März 1944 auf Frankfurt am Main, waren eine gerechte Strafe. Es gibt Anhaltspunkte, dass die Luftangriffe halfen, den Krieg zu beenden.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Ute Hochgrebe:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Langer, Republikaner.

Stadtverordneter Michael Langer, REP:

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine Damen und Herren!

Ich glaube, der soeben ertragene Vortrag war an Menschenverachtung überhaupt nicht mehr zu überbieten. Sie haben eine ganze